

«Die demokratische Kontrolle fällt dahin»

Spitäler Die geplante Auslagerung der Basler Spitäler gehe zu weit, findet der frühere Gesundheitsdirektor Remo Gysin (SP)

VON HANS-MARTIN JERMANN

Herr Gysin, wie BVB, IWB oder Kantonbank sollen die Basler Spitäler künftig als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten geführt werden. Was ist daran falsch?

Remo Gysin: Es geht hier nicht um Verkehrsmittel, Energie oder Geldanlagen, sondern um Gesundheit, unser wichtigstes Gut. Spitalleistungen betreffen Grundbedürfnisse und -rechte. Krankheiten werden nicht

ausgesucht. Deswegen sind Patienten auch nicht Kunden oder Konsumenten. Und deswegen darf die Bekämpfung von Krankheiten auch nicht dem Markt überlassen werden. Spitäler erbringen eine typische Leistung des Service public. Die Versorgungssicherheit lässt sich nicht über Wettbewerb und Konkurrenz sicherstellen. Dazu braucht es Demokratie.

Dass der Staat die Versorgung der Bürger sicherstellen muss, ist unbestritten. Doch muss er deswegen selber Spitäler betreiben?

Der Staat muss die Versorgungssicherheit garantieren – für alle. Das kann er nur mit öffentlichen Spitälern. Private Spitäler können sich auf ertragsreiche Zielgruppen und Leistungen konzentrieren. Sie können Abteilungen schliessen oder ihren Sitz verlegen. Gewinnorientierte Privatspitäler verzichten weitgehend auf die Aus- und Weiterbildung von Ärzten und richten sich vor allem auf Zusatzversicherte und zunehmend auf VIP-Patienten aus. Das Spitalangebot ist aber langfristig verlässlich und umfassend auch für die Grund-

versicherten zu garantieren. Dazu braucht es das öffentliche Angebot.

Die Regierung will die drei Spitäler ja nicht privatisieren. Sie bleiben öffentlich-rechtliche Anstalten im Eigentum des Kantons. Um die Versorgungssicherheit brauchen wir uns also nicht zu sorgen.

Doch. Die Regierungsvorlage ist sehr vage und voller Katzen im Sack. Es ist nicht klar, welche stationären und ambulanten Leistungen das Universitätsspitals (USB) in Zukunft erbringen wird. Wird es in Basel weiterhin eine Poliklinik geben? Wird die Orthopädie ausgegliedert? Auch die gemeinwirtschaftlichen

Leistungen wie die Physiotherapie, Logopädie oder die Familienberatung sind nicht garantiert. Regierungsrat Carlo Conti hat in einem Interview bereits darüber nachgedacht, Bereiche der Grundversorgung auszugliedern und ins Baselbiet zu verlegen. Unklar, aber für die Versorgung entscheidend ist, welche Spitäler auf die Spitalisten kommen. Bedenklich ist zudem die neue Ausrichtung auf Umsatz- und Eigenkapitalrenditen, wie sie vom Direktor des Felix-Platter-Spitals in der neusten Hausgazette erwähnt wird.

Was wäre denn die Lösung? Die Spitäler müssen im Zusammenhang mit der Einführung der Fallpauschalen neu aufgestellt werden.

Reformen sind nötig. Die Spitäler brauchen zusätzliche Kompetenzen. Gut ist auch, dass die Automatismen der Defizitdeckung wegfallen sollen und die Spitäler eine Vollkostenrechnung einführen. Ich könnte mir vor-



Im Gesundheitswesen braucht es Demokratie, sagt Remo Gysin. KN

stellen, die Basler Spitäler mit mehrjährigen Globalbudgets auszustatten. Denkbar ist auch eine eigene Rechnungslegung. Zu weit geht für mich aber eine Verselbstständigung der Spitäler mit eigener Rechtspersönlichkeit. Völlig abwegig sind die fast vollständige Ausschaltung des Grossen Rates und der damit verbundene Demokratieabbau.

Dem Grossen Rat würden die Spitalrechnungen weiterhin vorgelegt. Bloss zur Kenntnisnahme. Der Grosse Rat verliert die zentrale Budgethoheit und die Möglichkeit, den Leistungsauftrag mitzugestalten. Die demokratische Kontrolle und insbesondere die Gewährleistung von Bevölkerungs- und Patienteninteressen fallen mit dem Regierungsvorschlag dahin. Auch

■ SPITÄLER: ES STEHT VIEL AUF DEM SPIEL

Ab 2012 sollen die öffentlichen Spitäler Basels auf eigene Rechnung wirtschaften. So will es die Regierung. Im Grossen Rat ist eine **hitze Debatte** programmiert: Das Universitätsspital (USB), das Felix-Platter-Spital und die Universitären Psychiatrischen Kliniken zählen

6100 Mitarbeitende – fast die Hälfte der Kantonsangestellten. Im USB arbeiten allein über 5000 Menschen, der Jahresaufwand liegt bei 750 Millionen Franken. Im **Baselbiet** ist eine **ähnliche Lösung** vorgesehen. Geplant sind zwei öffentlich-rechtliche Anstalten: Eine

für die Akutspitäler Bruderholz, Liestal und Laufen, eine zweite für die Psychiatrischen Dienste. Geprüft wird, die Infrastruktur in eine weitere Gesellschaft auszulagern. Gesundheitsdirektor **Peter Zwick** will die Vorlage im Januar in die Vernehmlassung schicken. (HAJ)

Remo Gysin

Der 65-Jährige war von 1984 bis 1992 Basler Gesundheitsdirektor. Von 1995 bis 2007 politisierte er für die SP im Nationalrat. Er ist Co-Präsident der Grauen Panther Nordwestschweiz und Präsident der Dachorganisation der Schweizer Selbsthilfe- und Patientengruppen (Kosch). (HAJ)

die Schaffung eines Patientenbeirats ist nicht vorgesehen.

Die Gewerkschaften kritisieren die Anstellungsbedingungen. Die Vorlage enthält aber für alle Mitarbeitenden eine Besitzstandgarantie. Diese bezieht sich nur auf den Lohn. Die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen könnten schlechter werden. Die Vorlage sichert zwar zu, dass das Personal im öffentlich-rechtlichen Verhältnis angestellt wird. Allerdings kann der Kanton Ausnahmen machen. Vorauszusehen ist, dass es für die oberen Etagen eine Diskussion um Boni und Stellenaufstockungen gibt. Zudem würden sich die Tendenzen zum Outsourcing von Leistungen wie etwa der Reinigung verstärken.

Wie präsentiert sich die Ausgangslage vor der Beratung im Parlament? Zentral ist die Arbeit in der vorbereitenden Finanzkommission sowie der Gesundheits- und Sozialkommission. Ich hoffe auf Kompromissbereitschaft von allen Seiten.

Werden Sie das Referendum ergreifen, wenn die Regierungsvorlage in ihrer heutigen Form durchkommt? Wir sollten uns im Moment auf die Suche einer Lösung im Parlament konzentrieren. Ich möchte nicht mit Referendumsdrohungen operieren.

Der verlotterte Geisterbahnhof wird zur Kreativwerkstatt

Stellwerk Basler Jungunternehmer können ab heute in der Kulturwerkstatt ihre Visionen verwirklichen.

VON MURIEL MERCIER

Der Verein Stellwerk hat sich Grosses vorgenommen. Das Gründerzentrum im Bahnhof St. Johann will aufstrebenden Jungunternehmern aus den Bereichen Mode-, Produkt- und Interieur-Design sowie Architektur auf den nationalen und internationalen Erfolg in ihrem Metier vorbereiten. Im Designladen Showroom können die Künstler ihre Produkte ausprobieren und auf dem Markt anbieten. Im Raum 100 sind Experimente erlaubt, unter dem Motto: «Mach, was du willst. Aber mach es!» Als Freizeitangebot wird ein Dampfbad eingerichtet, ein Bistro lädt zum gemütlichen Beisammensein ein.

«Ein steriles Wohnquartier ist der Tod jeder Stadt.»

Guy Morin, Stadtpräsident

Die Vision dieses Zentrums schwebt Olivier Wyss, Geschäftsführer des Vereins, seit drei Jahren vor. Gestern wurde die Vision Wirklichkeit: Der Vorhang zur Eröffnung des Stellwerks öffnete sich pünktlich um 11 Uhr. Nach acht Monaten Umbauarbeiten. «Das Stellwerk ist Kernstück des neuen Stadtteils St. Johann», sagt Michael Schär. «Die Institution ist schweizweit das erste Zentrum für die konkrete Förderung der Kreativwirtschaft.» Eingemietet auf knapp 2000 Quadratmetern haben



Der Designer Nino Bollag ist einer der Mieter, die bereits ihr Atelier bezogen haben. KENNETH NARS

■ JASMIN HÜNI: «IM ERDGESCHOSS BRACHEN WIR WÄNDE HERAUS»

Das 100 Jahre alte Bahnhofgebäude im St. Johann hat in den letzten Jahren **stark gelitten**. Ein Grund waren die Untertagarbeiten für den neuen Nordtangente-Tunnel. Die Erdschütterungen hin-

terliessen an der Fassade des Gebäudes Spuren. Die **Architektin Jasmin Hüni** stellte sich der Aufgabe, das historische Gebäude zum jetzigen Stellwerk umzubauen. «Durch sein hohes Alter wur-

de das Bahnhofgebäude mehrmals umgebaut. Deswegen mussten wir **mehrere Schichten der Wände wegnehmen**, um wieder das Originalgebäude zu erhalten.» In den oberen Stock-

werken seien einige kleine Büros untergebracht. «Im Erdgeschoss haben wir dafür **Wände herausgebrochen, um grössere Räume zu bekommen**, führt Hüni ihr Vorgehen aus. (MUM)

sich bisher 23 Jungunternehmer aus fünf kreativen Arbeitsbereichen. Dies belegt das Bedürfnis nach dieser Werkstatt, führt Schär aus.

Dass das Bedürfnis nach dem Treffpunkt Stellwerk gross und wichtig für Basel ist, weiss Stadtpräsident Guy Morin. «Die Initianten des Stellwerks füllen diesen Ort mit Leben und schaffen am Vogesenplatz 1 eine neue Adresse für das Quartier.» Nur mit einem lebendigen Kulturleben könne die Bevölkerung angelockt werden. «Ein steriles Wohnquartier ist der Tod jeder Stadt.»

SBB waren angetan vom Projekt

Ohne die Unterstützung der SBB wäre das Projekt Stellwerk nicht zustande gekommen. «Am Anfang waren wir skeptisch», gibt Remo Zberg von SBB Immobilien zu. «Aber als wir merkten, mit welchem Herzblut der Verein an das Bauvorhaben heranging, wich unsere Unsicherheit.»

Zu tun gibt es in den Räumlichkeiten des Stellwerks noch einiges – auf die Eröffnung heute Abend wird nicht alles an seinem Platz stehen. Beispiel: Roger Malzacher, Verantwortlicher für das Buffet, hat noch keine Köche. Dementsprechend gebe es noch keine Menükarte. «Das Buffet wird gut», ist er aber überzeugt. Auch im Dampfbad können sich die Baslerinnen und Basler während der kalten Wintermonate noch nicht aufwärmen – dieses wird voraussichtlich im September 2011 eröffnet.

Eröffnungsfeier Stellwerk, heute ab 17 Uhr, Vogesenplatz 1, Basel.

[ausserdem zum Thema](#)

Weitere Fotos zum Stellwerk online auf www.basellandschaftlichezeitung.ch